

**Georg Fischer**

Tagungshaus Circampus, Kernmühleweg 4, 74850 Schefflenz, Tel./Fax: 06293-79231

[www.circampus.de](http://www.circampus.de)

## **Weiterbildung im Dienste des mainstreams. Aspekte zur Reaktion von Institutionen auf historische Entwicklungen in den beiden Jahrzehnten 1926 - 36 und 1986 – 96**

Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft  
Sektion Erwachsenenbildung  
„Erwachsenenbildung und Demokratie“  
Jahrestagung an der Phillips-Universität Marburg vom 26.09. bis 28.09.2002

*Textfassung des Beitrags in der AG „Geschichte der EB – eine Geschichte der  
Demokratie?“. 11 Seiten, 3600 Wörter, 69 KB.*

September

2002

*Auf der Tagung wurde mit power-point unterstützt ein Gesprächsanreiz präsentiert.*

### **I) Begründung der Zeitabschnitte und des Vergleichens**

Kritische Erziehungswissenschaft mahnt, einen unmittelbaren Ableitungszusammenhang von Reflexion und praktischen Tun zu suggerieren. Dies ist ein wichtiges Argument gegen die bildungspolitisch immer wieder versuchte Vereinnahmung als „Feuerwehr“ bei gesellschaftlichen Problemfällen.

Wer das Nachdenken mit Hilfe historischer Vergleiche mit „gleichsetzen“ verwechselt, zielt gegen einen Diskurs und für die Nichtbeachtung der Argumente.

Wenn es richtig ist, dass jede pädagogische Beeinflussung nicht freier, demokratischer und menschlicher sein kann, als die gesellschaftlichen Lebenszusammenhänge in denen sie versucht wird, so gilt dies für Erwachsenenbildung verstärkt. Insoweit kann sich Weiterbildung nicht außerhalb positionieren.

Wenn ich aber mit einem Ton des Bedauerns mein Thema als „im Dienste des mainstreams“<sup>1</sup> formulierte, so aufgrund der Meinung, dass auch ein kleines Anhängsel der Bildungspolitik längst nicht „anpasslerisch“ zu sein braucht. Da gerade politische Erwachsenenbildung immer mit der Frage konfrontiert ist, was aus der Geschichte gelernt werden könne, sollten die Positionen klar formuliert werden, damit sie zivilgesellschaftlich diskutiert werden können. In diesem Sinn will ich keinen Rückgriff in die Geschichte machen, sondern versuchen, mit einem von Konventionen freien Blick Parallelen aufzeigen, die mir in den beiden ausgewählten Zehn-Jahres-Abschnitten auffallen.

Das Thema soll provozieren und nachdenklich machen. Ich will ausdrücklich einen spektakulären Überblick und ein Bewertung abgeben.<sup>2</sup> Gleichwohl bedarf dieses Vorgehen einer Begründung.

---

<sup>1</sup> Den Ausdruck möchte ich in ähnlicher Weise wie Klaus-Peter **Hufer** verwenden, der z.B. die Streitschrift Ahlheim/Bender „Lernziel Konkurrenz“ als „quer und konträr zum Mainstream“ derzeitiger weiterbildungspolitischen und – praktischen Situation beurteilt: S.140

<sup>2</sup> Dass dies unnötig wäre, weil es genügend solches gäbe, meinen **Ciupke/Reichling**, S. 12.

Die Jahre 1926-1936 nicht nur auszuwählen, sondern auch noch mit denen von 1986-1996 zu vergleichen, hat einen mehrdimensionalen Hintergrund. Mein Vorgehen sehe ich dadurch prinzipiell legitimiert, weil die Mehrheit der Bevölkerung sowohl 1936 wie auch 1996 loyal zum gesellschaftlichen System stand. Wenn wir heute die Situation von 1936 als totalitäre Herrschaft beschreiben und kritisieren, so müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass selbst die nicht laut „Heil“ rufenden MitbürgerInnen mitmachten – und zwar nicht wegen der Drohung „Du kommst auch nach Dachau“, die gleichwohl wirkte. Ebenso ist zu konstatieren, dass die meisten Zeitgenossen von 1996 die moderne G –7 – Demokratie nicht nur hinnehmen, sondern Nutznießer der Verhältnisse sind – trotz der bekannten Katastrophenszenarien.

Während beider Abschnitte zeigten sich Ähnlichkeiten:

1. historisch bildet sich ein neuer mainstream in Politik, Wirtschaft, Militär und auch EB heraus.
2. vertrete ich die These, dass 1932 und 1989 als „Wendejahre“ ein hohes Veränderungspotential hatten, das äußerst einseitig genutzt wurde.
3. zeigen beide Zehn-Jahres-Abschnitte überdeutlich, wie Bildungspolitik nur Anhängsel gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen und EB, ihr Appendix sozusagen. Weiterbildung war wohl kaum jener von Insidern beschworener „Sauerteig“ für Individuen und System, sondern eher Dünger des mainstreams.

Entscheidend für das Thema war mir allerdings seine Relevanz für die Erwachsenenbildung. Ich glaube, den gesellschaftlichen mainstream und die fachwissenschaftliche Detaildiskussion mit meinen Hinweisen bereichern zu können – dies gerade im Hinblick auf das Fragezeichen, das die Programmplaner dieser Arbeitsgruppe hinter den Titel „Geschichte der Erwachsenenbildung - eine Geschichte der Demokratie“ - ? - gemacht haben.

Ab 1926 setzte nach Joachim Dikau die „realistische Wende“ ein. Ich begründete vor 20 Jahren meine Meinung, dass 1933 nicht als „Bruch“ bewertet werden sollte. Ab 1936 waren die drei Ebenen der nationalsozialistischen Erwachsenenbildung etabliert: Für die ehemaligen VHSn das „Deutsches Volksbildungswerk“, für die berufliche Weiterbildung Kurse der Betriebe und der „Deutschen Arbeitsfront“<sup>3</sup> und für die politische Bildung die „weltanschauliche Auslese und Ausrichtung der NSDAP.“<sup>4</sup>

1986 kündigte der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg eine Verdoppelung der Erwachsenenbildungsmittel an – auch um die ein Jahr vorher formuliert Zielvorstellung zu realisieren: „ein offener Weiterbildungsmarkt mit einem vielfältigen Angebot, das sich im Wettbewerb bewähren muss“. Dieser ökonomische Hintergrund determiniert, dass die berufliche Weiterbildung „in besonderem Maße auf die Anforderungen des Beschäftigungssystems und des Arbeitsmarktes ausgerichtet“ wird.<sup>5</sup>

Ab 1990 erfolgte auch auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung die Einverleibung der Ex-DDR. War nach dem Mauerfall noch im Gespräch, die Kapazitäten der DDR-Weiterbildung zu nutzen, weil sie gute Voraussetzungen böten, den aktuellen Aufgaben gerecht zu werden, so

---

<sup>3</sup> Dazu legte 1996 Heinz **Möglich** Material- und Lehrreiches vor: Entstehung betrieblicher Weiterbildungsstrukturen im Dritten Reich.

<sup>4</sup> **Fischer**, Erwachsenenbildung im Faschismus, Bensheim 1981, S. 39 – 72

<sup>5</sup> Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, zit. nach Kuhlenkamp in Arnold u.a.: Erwachsenenpädagogik, Siebert-**Festschrift**, S.149 bzw. 153

war 1992 die Weiterbildungs-Landschaft in den „neuen Bundesländern“ von Deregulierung, Privatisierung und Kommerzialisierung beherrscht - sowie: Neuanfänge als bildungspolitische Reaktion auf Marktentwicklungen sichtbar.<sup>6</sup>

1996 schließlich war das „Europäische Jahr des lebenslangen Lernens“ – mithin eine institutionalisierte Chance für die Erwachsenenbildung, sich der eigenen Position und dem eigenen Willen klar zu werden.

Zur Begründung des Themas führe ich auch an, dass wir uns über Geschichte, über Erziehung und über politische Erwachsenenbildung unterhalten. Alles besonders sensible Bereiche die immer mit Analysen *und* Folgerungen beschäftigt sind.

Während die Analysen im historischen Abstand relativ gelassen zur Kenntnis genommen werden, führen die notwendig ethisch, moralisch und praktisch begründeten Folgerungen richtigerweise zu Kontroversen.

Das angewandt auf 1926-1936: Als „Verfassungsdemokraten“ der Berliner Republik können wir uns schnell verständigen, dass der Nationalsozialismus verbrecherisch war und monokausale Erklärungsmuster nicht hinreichen. Allerdings meine ich ein „Hineingleiten“ festhalten zu können, wie Rolf Schörken für die BRD-Geschichte ein „Hinausgleiten“ aus dem Nationalsozialismus formuliert.<sup>7</sup>

Das angewandt auf 1986-1996 führt zur Frage nach den Maßstäben einer Bewertung. Selbst wenn man sich in der besten aller real existierenden Demokratien wähnt und sich prinzipiell auch nicht über die eigene Eingebundenheit ins Zeitgeschehen erheben kann, so ist doch die Kritik von Zuständen nötig, um über Gegenwart und Trends nachdenken und zukünftige Entwicklungen beeinflussen zu können. Im Prozess der Gestaltung des „Neudeutschland“ kann erkannt werden, wie sich der „Turbokapitalismus“ durchsetzte.

Dies würde Folgen haben – wenn wir die Wahrnehmungssperren aufzuheben versuchten; wenn wir uns zumuteten, die heutige kriegerische Realität als unmenschlich zu brandmarken; wenn wir das im Übermaß angehäufte Zerstörungspotential als Herausforderung für Erwachsenenbildung ansehen würden, Gesellschaft menschenwürdig zu gestalten.

Zur professionell betriebenen politischen Erwachsenenbildung gehört sicher eine „historische Kompetenz“, die sich in Erinnerungs- und Utopiefähigkeit zeigt. Dementsprechend haben sich Bewertungen daran messen zu lassen, ob und in wie weit sie die zentralen Kategorien von Politik, nämlich Macht und Herrschaft, Konsens und Willensbildung, ernst nehmen und den (dem Grundgesetz entsprechende) Zielen dienen: 1. BürgerInnen zur Mitgestaltung befähigen. 2. öffentliche Diskussionen führen. 3. an Opfer von Gewalt erinnern.<sup>8</sup>

Trotz des Selbstbewusstseins unserer Disziplin ist einzuschränken, dass im gesellschaftlich geringen Einflussbereich von Pädagogik die etwas randständige Erwachsenenbildung mit ihrer Praxis und Theorie marginale Chancen hat, steuernd einzugreifen. So sind für meine Zehn-Jahres-Abschnitte auch allgemeinpolitische Daten mit bestimmend gewesen, von denen ich einige aufführe.

1926 - 1936

Politisch: 1926 schien sich die Weimarer Republik zu konsolidieren, 1936 unterstützten die meisten Deutschen die NSDAP und der Staat „Deutsches Reich“ war international akzeptiert.

---

<sup>6</sup> **Fachtagung** zur Weiterbildung in den neuen Bundesländern, S. 112

<sup>7</sup> **Schörken** 1994, S. 187

<sup>8</sup> vgl. das Grundsatzpapier des **Gesprächskreises** der Landesorganisationen der WB von NRW

Ökonomisch: Nach 1926 wurde die Chemieindustrie zur zukunftsträchtigsten Branche, 1936 begann mit dem 2. Vierjahresplan die Kriegsvorbereitung. Die autoritäre Steuerung gesellschaftlicher Prozesse war in Mitteleuropa nicht nur auf der Tagesordnung, sondern auch als erfolgreich akzeptiert.

1986 – 1996

Politisch: 1986 war die Blockteilung der Welt schon mehrere Generationen alt und so stabil, dass sich trotz Gorbatschow niemand „realistisch“ ihre friedliche Überwindung vorstellte. 1996 kann die staatliche Neukonstruktion auf dem Balkan als abgeschlossen angesehen werden – und Krieg wurde anschließend neuerlich salonfähig.

Ökonomisch: Ab Mitte der 80er Jahre begann das PC-Zeitalter und 1996 kamen die ersten preisgünstigen Digitalkameras auf den Markt.

Zu der fast ausschließlich an marktwirtschaftliche Effizienz orientierten gesellschaftliche Entwicklung unter dem Stichwort Globalisierung zeigte sich weltweit keine Alternative.

Selbstverständlich sind diese Begründungen mit den notwendigen Einschränkungen zu verstehen: es gibt sie nicht, „DIE Erwachsenenbildung“; es ist umstritten, ob sinnvoll auf Institutionen zugespitzt werden kann<sup>9</sup>; es bleibt der individuellen Wertung unterworfen, was aus Geschichte gelernt werden kann; es kann unseriös sein, von einem mainstream auszugehen; usw.

Dazu möchte ich aber nicht meine Bitte verschweigen, dass ich gern innerhalb einer ausführlichen Arbeit die hier vorgetragenen Gedanken vertiefen würde – nur und bezeichnenderweise gibt es dazu keine Forschungsmittel.

## II) Einige Daten und Meinungen

„Das eigentliche Zentrum des Systems der Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik Deutschland ist die Volkshochschule.“ So zu finden im Bertelsmann Universallexikon 2001 auf CD-ROM. Nicht ob dies richtig oder korrigierungsbedürftig sei, ist meine Frage, sondern, dass sich hierin ein allgemeines Bewusstsein spiegelt, und zwar gleichermaßen ein lexikalisches wie mediales.

Beim Suchbegriff „Bildung“ wird in diesem Lexikon auf Pestalozzi und Humboldt verwiesen, Weiterbildung erschöpft sich in Umschulung und dem Volkshochschulhinweis. Die berufliche Weiterbildung, welche bekanntlich den weitaus größeren Umfang und einen Wirtschaftsfaktor darstellt, findet man kaum.

Dass Wissen heute per Computer abfragbar ist, stellt im neuen Jahrtausend eine Selbstverständlichkeit dar: so dürftig die Stichworte daherkommen, so total ermöglichen die

---

<sup>9</sup> Institutionen als Fokus bilden eine relativ neue wissenschaftliche Diskussion, „da die erwachsenenpädagogische Institutionenforschung bis Ende der 80er Jahre nur marginal von einzelnen betrieben wurde. Hier treten neue Probleme und Fragen ebenso in den Diskurs ein wie Methoden und Erkenntnisse einer ‚neuen‘ Bezugswissenschaft, der Betriebswirtschaft.“ Nuissl in Siebert-**Festschrift**, S. 274. Hier ist nicht der Unterschied zwischen nicht- und institutionalisierter WB gemeint, sondern an Träger, Verbände und Einrichtungen gedacht, die 1) institutionelle Handlungsrahmen schaffen, 2) Normen und Themen bestimmen, 3) den Willenbildungsprozess gestalten. Alternativ könnte von persönlichen Akteuren ausgegangen werden, denn historisch prägten solche wesentlich die Trends. Diese Analyse fördert für 1933 teilweise sehr hohe Anpassungsleistungen zu Tage. Vgl. **Wollenberg, W. Keim**

online-„links“ dieses Lexikons Tausende einschlägiger Informationen, denn sie verknüpfen den „user“ zum Deutschen Bildungs-Server und zum Max-Plank-Institut für Bildungsforschung.

Diese Einleitung als Motiv für meine Gedanken zu unserer Tagung:  
seit Mitte der 90er Jahre des letzten Jahrtausends erleben wir die digitale Informationsflut durch Internet, PCs, e-mails, handys usw. – sie bestimmt auch die Erwachsenenbildung neu. Parallel dazu scheint die Gewaltbereitschaft von Individuen, Gruppen und Staaten zuzunehmen. Da die Begründung für politische Bildung sich wesentlich auf das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft bezieht, scheint mir in unserer Situation historisches Nachdenken nötig und nützlich.

Natürlich spüren viele KollegInnen diese Veränderungen. Drei Beispiele.

Horst Siebert erklärte 1995 die „konstruktivistische Wende“ als seinen „vorläufig letzten Wendepunkt für das Jahrtausend“.

Klaus Meisel meint zur neuen Bedeutung der Betriebswirtschaft für die Institutionen der Erwachsenenbildung, „dass bis Mitte der 1990er Jahre die Forderung nach stärkerer Wirtschaftlichkeit eher als Bedrohung und Zumutung denn als Notwendigkeit und möglicherweise als Chance begriffen wurde.“ Wenngleich es „nicht um Ersatz des pädagogischen durch das wirtschaftlich Referenzsystem“ gehe, so sei das „erwachsenendidaktische Leitprinzip der Teilnehmerorientierung“ „nicht unreflektiert aufgegeben“ worden.<sup>10</sup>

Hans Tietgens meint mit historischem Blick „strukturelle Gewalt wirkt nun in der verfeinerten Form medialer Besetzung.“ Er analysiert: „Zu den Strategien dieser medialen Gewalt gehören Zwangsoptimismus und Sensationierung“, „im Zentrum aber steht die Glorifizierung des Marktes.“<sup>11</sup>

## 1926 - 1936

Die Veränderungen in der Mitte der 1920er Jahre können an vielen Beispielen festgemacht werden.<sup>12</sup> Am bekanntesten ist die Gründung der „Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung“ des „Hohenrother Bundes“ 1926. Werner Markert vermutet darin einen Reflex auf die sozialen Verhältnisse und sieht die Volksbildung in der „Terminologie des totalitären Staates“ münden.<sup>13</sup>

Ich stellte für 1930 – 1935 folgende Stichworte zusammen:<sup>14</sup>

	Politik und Ökonomie	Ideologie und Bildungspolitik	Entwicklung der Erwachsenenbildung
--	----------------------	-------------------------------	------------------------------------

<sup>10</sup> Klaus Meisel in der Einleitung zu **Bastian** u.a. S. 5 f.

<sup>11</sup> **DIE** 1/95, S. 36

<sup>12</sup> jüngst zur Arbeiterbildung Christine **Zeuner** über Hamburg; nachzufragen wäre übrigens, was für die Kontinuität von EB der Schlusssatz des Aufsatzes bedeutet: „Die tief verwurzelte Tradition einer demokratischen Arbeiterbildung bedeutete aber auch, dass die Zerschlagung in vielen Fällen nur oberflächlich war. Denn nicht wenige Vertreter der Parteien, Gewerkschaften und Jugendverbände arbeiteten im Untergrund weiter ...“

<sup>13</sup> **Markert**, S. 15

<sup>14</sup> **Fischer**, S. 25

1930 – 1933 Schlussphase Weimarer Republik	autoritärer Staat; Weltwirtschaftskrise	Vertrauensverlust; Stagnation der Bildungsbemühungen	Realitätsnahe EB gegen Notstände; Zweckbildung
1933 – 1935 Aufbau des National- sozialismus	Institutionelle Neuorientierung; Aufbau des Herrschaftssystems; Wirtschaftsaufschwung durch Infrastrukturmaßnahmen	(Selbst-) Gleichschaltung; „Volksgemeinschaft“; Aufbau von national- sozialistischen Institutionen	Fortsetzung von EB nach personeller Anpassung der Institutionen; uneinheitliche Versuche der Neuordnung

Die Kontinuitätsthese geht davon aus, dass die meisten Institutionen der Erwachsenenbildung auf einen „nationalen Aufbruch“ hoffen. Er hätte idealerweise eine Verknüpfung von Bildung und Arbeit wie in den Lehrgängen des freiwilligen Arbeitsdienstes ermöglicht, hätte den eigenen Fortbestand gesichert und die gesellschaftliche Bedeutung erhöht. 1934 wurde aber die militärische Variante in Form des „Reichsarbeitsdienstes“ realisiert und nach 1936 waren die Veranstaltungen zur autoritäre Formung von Erwachsenen unstrittiger Bestandteil des staatlichen Systems. Anschließend konnte „das Deutsche Volksbildungswerk als Nachfolgeorganisation des Reichsverbandes der Volkshochschulen ... eine quantitative Steigerung“<sup>15</sup> verzeichnen. Die Erwachsenenbildung entwickelte sich „spätestens seit Mitte der dreißiger Jahre zu einem wichtigen Element nationalsozialistischer Erziehungspolitik.“<sup>16</sup> Für das „kulturelle Freizeitschaffen“ war das „Deutsche Volksbildungswerk“ als Teil der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ zuständig. Die berufliche Weiterbildung wurde ganz im Sinne der DINTA<sup>17</sup> fortgesetzt und firmierte in der „Deutschen Arbeitsfront“ als „wirtschaftsberufliche Erwachsenenbildung“. Politische Inhalte von Weiterbildung waren führerstaatlich von der NSDAP beherrscht und als „weltanschauliche Ausrichtung und Auslese“ definiert.

Unter Berücksichtigung der Akzeptanz der Bevölkerung sind diese systemgemäßen Ausprägungen von Weiterbildung 1936 wahrzunehmen. Ganz logisch folgte die Erwachsenenbildung dem mainstream gesellschaftlicher Entwicklungen. Inzwischen sind etliche Beispiele einer weitgehende Selbstgleichschaltung von Erwachsenenbildungsinstitutionen erforscht<sup>18</sup> – somit hatte auch die Erwachsenenbildung ihren Anteil am „Hineingleiten“ in den terroristischen Staat. Systematisch betrachtet können die Bemühungen um Erwachsenenlernen auf drei Ebenen angesiedelt werden: allgemein-kulturelles Wissen, beruflich nötige Kenntnisse, politische Meinungsbildung. Während dies 1926 durchaus pluralistisch, aber längst nicht immer demokratisch oder neutral war, hatte es 1936 die systemadäquate Form von autoritär vereinheitlichten Inhalten und Normen angenommen. Erwachsenenbildung diente dem Staatsinteresse – die sich an ihr beteiligenden Menschen fügten sich (weitgehend zustimmend) ein. Die Institutionen (v.a. organisationssoziologisch betrachtet) funktionierten mit ihren typischen Reibungsverlusten integrierend.

<sup>15</sup> Ciupke, S. 24

<sup>16</sup> Wolfgang Keim: Erziehung unter der Nazi-Diktatur, Band 2, S. 75

<sup>17</sup> 1925 gründete die Schwerindustrie das „Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung“ um mit Qualifizierungskonzepten, ideologischer Schulung und Formung der Arbeitskraft die Effizienz zu steigern. Sowohl das Institut wie auch dessen Leiter, Karl Arnhold, sind Exemplarbeispiele für Kontinuität über 1933 und 1945 hinaus.

<sup>18</sup> als jüngstes Beispiel von J. Wollenberg die VHS Klappholttal

Die nicht nur propagandistisch als „nationale Revolution“ empfundene Umstellung von Erwachsenenbildungs-Einrichtungen auf die Rahmenbedingungen im NS-Staat sind in der Mehrheit als auch notwendige und unumgängliche Reaktion verstanden worden. Dies auf dem Hintergrund, dass schon Jahre vorher ein Bewusstsein für nötige Veränderungen entstanden zu sein scheint. So pflegten die meisten Einrichtungen eine Anpassung im Sinne eines neuen, positiv konotierten Aufbruchs. Was populistisch mit „Zerschlagung“ des Weimarer Systems verkündet wurde, führte zu einem stetigen Kampf um Einflusszonen hinter der offiziellen Fassade des Führerstaats. Die oft schnell anlaufenden personellen und die sich dann bis 1936 langsam durchsetzenden institutionellen Konsequenzen wirkten zwar „ernüchternd“, verhinderten aber nicht, im mainstream mit zu schwimmen.

## 1986 - 1996

Der grundlegende Unterschied in den 1936 und 1996 in Deutschland existierenden politischen Systemen braucht nicht weiter erläutert zu werden. Wenn man allerdings 1986 mit 1936 vergleicht, so gibt es aus heutiger Sicht durchaus die Meinung, dass in der DDR ein dem „Dritten Reich“ entsprechendes System herrschte.<sup>19</sup> Unabhängig davon, ob man dies teilt oder nicht: die friedlichen Revolution 1989 führte mit der Wiedervereinigung 1990 zur Übernahme der westdeutschen Verhältnisse in den „neuen Bundesländern“.

Bis Mitte der 1990er Jahre wurden (kulturhoheitsgemäß) in der ehem. DDR Weiterbildungsgesetze geschaffen, die von den jeweiligen westlichen Partnerländern abgeschrieben waren. Die erheblichen Weiterbildungsanstrengungen der DDR-Betriebe sind dem „Übergang zum Markt“ zum Opfer gefallen. 1992 empfahl die Konzertierte Aktion Weiterbildung besonders auch für die Verliererinnen des „Aufschwung Ost“, „gesamtgesellschaftlich und wirtschaftlich (sei) der Verzicht auf das Leistungspotential der Frauen nicht vertretbar.“<sup>20</sup>

Wie hier die Produktivität und nicht das Subjekt im Mittelpunkt stand, so zeigten die verwirrenden vielen Anbieter und Programme bezüglich beruflicher „Qualifizierungsmaßnahmen“, dass die Crashkurse zur Anpassung an die „soziale Marktwirtschaft“ wenig erfolgreich waren.

Diese Ernüchterung durch bleibend hohe Arbeitslosenzahlen führte aber meist zu keiner grundsätzlichen Kritik seitens der Erwachsenenbildung, sondern zu Reparaturen im unhinterfragten Alltag: der „Transformationsprozess“ sollte mit Hilfe von Effizienzsteigerung und Qualitätssicherung optimiert werden.

Ein realistisches Fazit der Untersuchung zur Bildungsplanung in den neuen Bundesländern lautete 1992: „Je länger der Einigungsprozess abläuft, desto augenscheinlicher wird der unter der Macht der Verhältnisse erzwungene einseitig hegemoniale Charakter dieses Prozesses.“<sup>21</sup>

Aspekte dazu.

Zu hinterfragen wäre, wie viel Sonntagsredenrhetorik in Äußerungen wie z.B. der VHS-Verbandsdirektorin von Mecklenburg-Vorpommern steckt: „In der gesellschaftlichen

---

<sup>19</sup> Die Totalitarismustheorie müsste noch in ihren wissenschaftlichen und praktischen Folgen für die EB und WB-Politik untersucht werden.

<sup>20</sup> zit. nach GEW **Fachtagung**, S. 93

<sup>21</sup> Felicitas von Kuchler ergänzt in **Report 31**, S. 83-87 diesen Befund aus der Untersuchung zur Bildungsplanung in den neuen Bundesländern durch einige „unter der Oberfläche“ unbeobachtete Prozesse.

Situation, die von Arbeitslosigkeit geprägt ist, und in der Erwerbsbiografien von einer notwendigen Dynamik und Flexibilität bestimmt werden, sind immer mehr Persönlichkeiten gefordert, die neben hohen fachlichen Qualifikationen, hervorragende soziale und Handlungskompetenzen besitzen.“<sup>22</sup>

In der Weiterbildungspolitik Thüringens wird deutlich, dass 1996 von zwei Kategorien ausgegangen werden muss: „staatlich geförderte Erwachsenenbildung“ und „Weiterbildung als Instrument einer aktiven Arbeitsmarktpolitik“.<sup>23</sup>

Als Randnotiz zum Strukturvergleich und mit dem Hintergrund meines Wohnortes im Land Baden-Württemberg, welches im „Transformationsprozess“ das Partnerland von Sachsen war, spekuliere ich mal. Erst 1998 erließ man in Sachsen ein Weiterbildungsgesetz, was damit zusammenhängen mag: der damalige Ministerpräsident Spät wollte (Kommission Weiterbildung) in Baden-Württemberg 1986 die Weiterbildungsbemühungen verdoppeln – dies geschah nie, aber real wird seit 1995 die unter dem Bundesdurchschnitt liegende Förderungsquote gekürzt. Das 1987 gegründete Landesinstitut für allgemeine Weiterbildung wurde 1993 wegen der Sparzwänge geschlossen.

In der Weiterbildungsgesetzgebung von Baden-Württemberg findet sich wie in der von Sachsen kein Bildungsurlaub verankert, dafür wird die „plurale Struktur der Trägerlandschaft“ unterstützt. In Sachsen bieten nun 30 VHSn allgemeine Erwachsenenbildung (1993 waren es noch 48) an, 300 Bildungseinrichtungen fördern die berufliche Weiterbildung und 70 Parteieinrichtungen arbeiten mit der Landeszentrale für politische Bildung zusammen.<sup>24</sup>

„Resümierend kann gesagt werden, dass auf dem immer noch starken Veränderungen unterworfenen Weiterbildungsmarkt nach dem großen Gründer-Boom 1990/91 sich nach und nach Qualität und Seriosität von Anbietern durchzusetzen beginnen.“<sup>25</sup>

Kaum untersucht ist, ob nicht auch aus der Perspektive der Alt-BRD eine ambivalente Bilanz zu ziehen wäre.

Ein Aspekt dazu: Die statistische Analyse der Unterrichtsstunden an VHSn zeigt einen Knick. „Nach einem Gipfel 1989 könnte das Wachstum der Unterrichtsstunden in eine oszillierende oder sogar leicht rückläufige Bewegung übergehen.“<sup>26</sup> Bernhard Dieckmann stellte darum die Frage: orientieren sich die VHSn „an den Entwicklungen in Wissenschaft, Ethik und Kunst ... oder an dem Alltag des Journalismus, des Mainstream und des Kitsches“?

### III) Gedanken zur hohen Akzeptanz der gesellschaftlichen Verhältnisse in Mitteleuropa 1936 und 1996

Unsere eigenen Vorläufer: sie sind weit entfernt und doch vertraut. Die Arbeitsweise eines VHS-Heimes vor einem  $\frac{3}{4}$  Jahrhundert ist uns fremd, spätestens seit 10 Jahren, wo unser aller Alltag in der strikten Ökonomisierung des Neudeutschland und der Maßgaben der Globalisierung abläuft. Die Lebensweise der Jahre um 1930 ist kaum vorstellbar, selbst was damals Arbeitslosigkeit bedeutete unterscheidet sich stark von der heutigen Lage der 4 Mill. Arbeitslose. Und doch scheint uns die Gefühlswelt der damaligen Kollegen (und der wenigen

---

<sup>22</sup> Brigitte Winger in **Faulstich**, S. 199

<sup>23</sup> Ines Kadler in **Faulstich**, S. 334

<sup>24</sup> Gisela Wiesner in **Faulstich**, S. 283-286

<sup>25</sup> Arnfried Schlosser in **Report 33**, S. 138

<sup>26</sup> Bernhard Dieckmann in **Report 41**, S. 87

Kolleginnen) vertraut, weil wir uns in ähnlichen finanziellen und Sach-Zwängen fühlen und finden.

Wie die Entschleierung der kollektiven Geschichte zwischen 1933 und 1945 nach und nach zunimmt - auch dafür wurden mit den Gedenken zum 40. und 50. Jahrestag des Kriegsendes (1985 und 1995) eine neue Dimension geschaffen -, so scheinen wir uns doch zu sperren, dieselben klare Sicht bezüglich der jüngsten Vergangenheit anzustreben.

Dabei liegt es nahe: 1930 schon wurde in Thüringen die NSDAP für die Regierungsbildung entscheidend und dies wirkte sich direkt auf die Erwachsenenbildung aus. D.h. nicht erst 1933 wäre ein „Bruch“ in der „Weimarer Tradition“ festzumachen, an den zu glauben wir uns gewöhnt haben.

Wenn ich davon ausgehe, dass sich zwischen 1926 und 1936 lediglich ein (über-) lebensnotwendiger Anpassungsprozess an die gesellschaftlichen Veränderungen vollzog, so stellen uns die schleichenden Veränderungen nach dem Abschnitt 1986 – 1996 bis heute erneut und deutlichst die Fragen: Wie aktiv schwimmen wir im mainstream mit?

Sollten wir dies nicht tun – obwohl keine „befreiende Perspektive“ entwickelt ist und sich keine Alternative auftut?

Wie würden wir mit der absehbaren Isolation umgehen, wenn wir angesichts der Akzeptanz der gesellschaftlichen Zustände zu laute Kassandrarufo hinausposaunen?

Die hohe Abhängigkeit der Erwachsenenbildung von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung führte sowohl 1936 als auch 1996 zum mainstream des „Weiter so“, das durch anregende Verbesserungsvorschläge optimiert werden sollte. Einer davon ist die Rede von der Zivilgesellschaft als Hoffnung, durch ihre Entwicklung die negativen Globalisierungswirkungen „sozial und politisch abzufedern“. Wenn die o.g. Meinung von Hans Tietgens zur strukturell wirkenden Mediengewalt stimmt, würde aber solch bürgerschaftliches Engagement nur Spielwiese sein und zur „Zurichtung der Köpfe“ (Gramski) dienen.

Im oben ausgeführten Sinne einer politischen Bildung auf der Grundlage universaler Menschenwürde stellt die aktuelle Kriegsfrage ein Beispiel dar: nach der Bundestagswahl vom 22.9.2002 und wahrscheinlich vor dem Irakkrieg. Viele weitere Beispiel bieten die Probleme der weltweiten Entwicklung, denen wir meist ohnmächtig gegenüberstehen, egal ob wir als Erziehungswissenschaftler eine Rolle spielen oder Aktienbesitzer wären.

Wie weit setzen sich letztlich unmenschliche Strukturen „hinter dem Rücken“ der Akteure durch, wenn wir politische Erwachsenenbildung im reichen Neudeutschland am „Verfassungspatriotismus“ ausrichten?

Was also aus der Geschichte der Demokratie lernen, wo z.B. die Verfassung von Baden-Württemberg ausdrücklich auf „christliche“ Grundwerte verpflichtet und die Gefahr auftaucht, den Satz zu vergessen: wer den Faschismus widerspricht, darf nicht zum Kapitalismus schweigen?

Wie den zivilgesellschaftlichen Werten und dem Bürgerengagement zum Durchbruch verhelfen, wenn „etablierte“ Parteien und Politiker verlogen sind / gesehen werden?<sup>27</sup>

Wie zukünftige Gesellschaft gestalten, wenn dies wohl nur dann verantwortlich („nachhaltig“) möglich ist, wenn explizit gegen den mainstream von Konsum und Gewalt, Kapital und Medienberieselung Position bezogen würde?

In dem oben zitierten Vorbemerkungen von Klaus Meisel steht ein Satz, den ich abschließend zu Bedenken gebe mit der Bitte, das Wort „Ökonomie“ durch „Nationalsozialismus“ zu ersetzen. Möglicherweise regt dies zur ernststen „Wende“ mit o.g. Host Siebert an.

---

<sup>27</sup> vgl. aktuell die Shell-Jugendstudie 2002 für Deutschland und für die USA J. **Purdy**: „Das Elend der Ironie“, Hamburg 2002

Möglicherweise überdenken wir aufgrund unseres Wissens um die Jahre nach 1936 das eigene Mittun im ökonomisch determinierten Erwachsenenbildungsalltag heute.

„Ökonomie wird nicht als Ziel der Arbeit begriffen, sondern als notwendiges Mittel zu dem Zweck, die erwachsenenpädagogische Arbeit abzusichern.“<sup>28</sup>

### *Zitierte Literatur*

Hannelore **Bastian**, Wolfgang Beer, Jörg Knoll: Pädagogisch denken – wirtschaftlich handeln. Zur Verknüpfung von Ökonomie und Profession in der Weiterbildung. DIE-Perspektive Praxis. Bielefeld 2002

Paul **Ciupke**, Norbert Reichling: „Unbewältigte Vergangenheit“ als Bildungsangebot: das Thema „Nationalsozialismus“ in der westdeutschen Erwachsenenbildung 1946 bis 1989. DIE Analysen für Erwachsenenbildung. Frankfurt/M 1996

Zeitschrift für Erwachsenenbildung **DIE. PAS** / Deutsches Institut für EB, Frankfurt/Bonn ab 1. Jahrgang 1994

**Gesprächskreis** der Landesorganisationen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen: Zum demokratischen und professionellen Standort politischer Erwachsenenbildung. Dortmund 2000

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): Weiterbildung als Bestandteil aktiver Sozial-, Kultur- und Beschäftigungspolitik in der Region. **Fachtagung** zur Weiterbildung in den neuen Bundesländern. Frankfurt/M 1993

Konzertiert Aktion Weiterbildung: Empfehlung zur Weiterbildung von Frauen in den neuen Bundesländern. In: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): Weiterbildung als Bestandteil aktiver Sozial-, Kultur- und Beschäftigungspolitik in der Region. **Fachtagung** zur Weiterbildung in den neuen Bundesländern. Frankfurt/M 1993. S. 93 –97

Peter **Faulstich**, Per Vespermann (Hg.): Weiterbildung in den Bundesländern. Materialien und Analysen zu Situation, Strukturen und Perspektiven. Weinheim und München 2002

Rolf Arnold, Wiltrud Gieseke, Ekkehard Nuissl (Hg.): Erwachsenenpädagogik – Zur Konstitution eines Faches. **Festschrift** für Horst Siebert zum 60. Geburtsag. Baltmannsweiler 1999

Georg **Fischer**: Erwachsenenbildung im Faschismus. Eine historisch-kritische Untersuchung über die Stellung und Funktion der Erwachsenenbildung zwischen 1930 und 1945. Bensheim 1981

Wolfgang **Keim**: Erziehung unter der Nazi-Diktatur. (zwei Bände) Darmstadt 1995

Werner **Markert**: Erwachsenenbildung als Ideologie. Zur Kritik ihrer Theorien. München 1973

---

<sup>28</sup> Vorbemerkung zu **Bastian** S. 6

Heinz **Müglich**: Entstehung betrieblicher Weiterbildungsstrukturen im Dritten Reich. Frankfurt/M, u.a. 1996

J. **Purdy**: „Das Elend der Ironie“, Hamburg 2002

**Report 31**, Geschichte und Erwachsenenbildung. Frankfurt/M 1993

**Report 33**, Weiterbildungspolitik in den Bundesländern. Frankfurt/M 1994

Bernhard Dieckmann: Die Abwendung vom Schnickschnack? Perspektiven für die Volkshochschulen im 3. Jahrtausend. In: **Report 41**, Frankfurt/M 1998, S. 84-97

Rolf **Schörken**: Jugend 1945. Politisches Denken und Lebensgeschichte. Frankfurt/M 1994

Jörg **Wollenberg**: Bildung als antizivilisatorische Protestbewegung. Lebensreform und Jugendbewegung – die Volkshochschule Klappholtal auf Sylt 1918 – 1945. In: Spurensuche, Zeitschrift für Erwachsenenbildung und Wissenschaftspopularisierung. 12. Jg. Heft 1-4, Wien 2001, S. 100 – 125

Jörg **Wollenberg**: „Völkerversöhnung“ oder „Volksversöhnung“? Volksbildung und politische Bildung in Thüringen 1918-1933. Erfurt o.J. (2000, Landeszentrale für politische Bildung)

Christine **Zeuner**: Trotz alledem! – an die eigene Weiterbildung denken. Zur Arbeiterbildung in der Freien und Hansestadt Hamburg von der 1848er Revolution bis 1933. In: Spurensuche, Zeitschrift für Erwachsenenbildung und Wissenschaftspopularisierung. 12. Jg. Heft 1-4, Wien 2001, S. 126 – 147